

# magazin

für beamtinnen und beamte

**DGB**

## Der öffentliche Dienst Unterfinanzierter Krisenmanager

**„Wir brauchen Verstärkung“**

Jörg Radek (GdP) zur aktuellen  
Situation bei der Polizei

**Praxisaufstieg erkämpft**

Perspektiven für den mittleren Dienst

**Mitbestimmung ausbauen**

Resümee des Schöneberger Forums

Ausgabe 11/12 10.12.2015  
[www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de)



Bundesweit für Sie da:  
Mit Direktbank und  
wachsendem Filialnetz.

## Für uns: das kostenfreie Bezügekonto<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.<sup>1)</sup>

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen weiteren Vorteile** Ihres neuen Kontos unter Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de)



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

## INHALT

## Titel

Unterfinanzierter Krisenmanager:  
Der öffentliche Dienst in Deutschland 4

## Interview

„Wir brauchen Verstärkung“: Jörg Radek,  
stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender,  
über die aktuelle Situation bei der Polizei 7

**Aus dem Bund** 8

**Aus den Ländern** 10

## Aus den Gewerkschaften

Das war das Schöneberger Forum 2015:  
„Kaum Zeit für Demokratie in der Dienst-  
stelle“ und wie Mitbestimmung trotzdem  
gelingen kann 16

**Vermischtes** 18

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack  
Redaktion: Alexander Haas, Lisa Kranz, Henriette Schwarz  
Textbeiträge: [istockphoto.de/runeer](http://istockphoto.de/runeer)  
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing:  
INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte  
Fuchslochweg 1, 74933 Neidenstein  
Telefon: 0211 72134571, Telefax: 0211 72134573  
[infoservice@beamten-informationen.de](mailto:infoservice@beamten-informationen.de)  
[www.dgb.de/beamtenmagazin](http://www.dgb.de/beamtenmagazin)  
[www.dgb.de/beamtenmagazinabo](http://www.dgb.de/beamtenmagazinabo)  
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen  
Titel: [istockphoto.de/runeer](http://istockphoto.de/runeer)  
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop  
Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 22. Jahrgang  
Jahresbezugspreis: 10,00 Euro inkl. Zustellgebühr  
Jahresbezugspreis inkl. Ratgeber „Wissenswertes für  
Beamtinnen und Beamte“: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr



Foto: DGB/Simone M. Neumann

**Reiner Hoffmann**

Vorsitzender des Deutschen  
Gewerkschaftsbundes

Liebe Leserinnen und Leser,

viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes leisten derzeit Großartiges, ob bei der Polizei, in der Verwaltung oder in Schulen: Überall trifft man hilfsbereite Menschen. Sie organisieren die Aufnahme der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge mit großem Engagement, leisten dafür mittlerweile Millionen Überstunden und gehen an die äußerste Belastungsgrenze. Dieses Engagement kann ich nur loben. Gleichzeitig ist klar: Diese Belastung darf nicht zum Dauerzustand werden. Die Integration der Menschen, die in unserem Land Schutz suchen, ist wichtig. Aber um sie zu gewährleisten und gut durchzuführen, muss dringend neues Personal eingestellt werden. Der öffentliche Dienst hat schon vor dem Anstieg der Flüchtlingszahlen unter dem jahrelangen Stellenabbau gelitten. Ein Gegensteuern ist längst überfällig! Die politischen Entscheidungen zur personellen Ausstattung von Verwaltung, Polizei und Schulen stehen deswegen im Mittelpunkt dieses Heftes. Angesichts der aktuellen Herausforderungen muss der Blick auch auf die Interessenvertretungen der Beschäftigten gelenkt werden. Denn in dieser Ausnahmesituation ist zwar schnelles Handeln gefragt, gleichzeitig müssen aber die Rechte der Personalvertretungen eingehalten werden. Da passt es gut, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Schöneberger Forums von DGB und Hans-Böckler-Stiftung intensiv mit den Baustellen der Mitbestimmung befassten – umso mehr, als im kommenden Jahr beim Bund und in einigen Ländern Personalratswahlen anstehen. Die Diskussionsergebnisse der mit 500 Teilnehmenden wieder sehr gut besuchten Tagung werden in dieser Ausgabe präsentiert. Die Veranstaltung reiht sich in die „Offensive Mitbestimmung“ des DGBs und seiner Mitgliedsgewerkschaften ein. Damit wollen wir die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch der Beamtinnen und Beamten an die sich stetig wandelnden Arbeitsbedingungen anpassen.

Mit freundlichen Grüßen

Reiner Hoffmann

# Unterfinanzierter Krisenmanager

## Der öffentliche Dienst in Deutschland

Krisen managen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in vielfältiger Weise jeden Tag. Problematisch wird es, wenn die Rahmenbedingungen durch politische Entscheidungen so gestrikt werden, dass das Arbeiten am Limit zum Normalzustand wird. Das Beispiel von Claudia M., Grundschullehrerin in einer niedersächsischen Großstadt, ist so ein Fall: Ein anstrengender Unterrichtstag ist vorbei, der Arbeitstag noch lange nicht. Es steht noch ein Gutachten zur Entwicklung eines Schülers an, das sie gemeinsam mit dem sogenannten Mobilen Dienst schreibt. Claudia arbeitet an einer Brennpunktschule. Auch wenn sie ihren Job als Berufung empfindet, ist der Arbeitsalltag häufig belastend. Die Lehrkräfte für die über 300 Schulkinder werden mit 1,5 Stellen durch Sozialarbeiterinnen in ihrer Arbeit unterstützt. Das Mädchen aus Syrien, das vor einigen Monaten in der Klasse aufgenommen wurde, wird für zwei Stunden pro Tag aus der Klasse herausgenommen und erhält in einer Sprachlernklasse Deutschunterricht. Angesichts der Gesamtsituation an der Schule falle das Flüchtlingskind kaum auf. „Es war eben auch vorher nicht leicht“, betont Claudia. Die maroden Schultoiletten und den vor längerer Zeit im Schulgebäude entdeckten Asbest gibt es dann noch on top.

## Kürzungspolitik schuld an Rahmenbedingungen

Man könnte die Meinung vertreten, Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten, Erzieherinnen und Erzieher und all die anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben sich ihren Beruf ja selbst ausgesucht. Aber die Rahmenbedingungen, die haben sie nicht zu verantworten. Im Jahr 2000 verfügte der öffentliche Dienst in Deutschland über 4,44 Millionen Vollzeitstellen. Im Jahr 2014 waren es noch 4,08 Millionen Vollzeitstellen<sup>1</sup>. Zwar macht sich dieser Stellenabbau vor dem Hintergrund einer hohen Anzahl von Flüchtlingen die in Deutschland Schutz suchen besonders bemerkbar. Er führte aber bereits vor dem Anstieg der Flüchtlingszahlen zu einer immensen Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten und hohen Krankenständen. So kennen die Landespolizeien zum Beispiel von Hamburg und Berlin das Phänomen von Überstundenbergen in Millionenhöhe schon länger. Fast schon makaber ist, dass die in diesem Jahr besonders hohe Zahl der nach Deutschland geflüchteten Männer, Frauen und Kinder die jahrelangen Kürzungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst lediglich unübersehbar macht. So geht die GdP von ca. 16.000 weggefallenen Stellen innerhalb der letzten Jahre aus (siehe Interview S. 7).

## Akuter Personalbedarf

Seit Januar 2015 wurden 965.000 Flüchtlinge in Deutschland registriert. Diese Zahl nannte Bundesinnenminister Thomas de Maizière am 7. Dezember. Einen Erstantrag auf Asyl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben

dieses Jahr bislang 392.028 Menschen gestellt, davon rund 57.800 im November. Dies entspricht einem Anstieg von 162 Prozent gegenüber November 2014. Die Flüchtlinge in Empfang zu nehmen, sie in das Bundesgebiet weiterzuleiten, menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen, ihre Asylanträge zu prüfen und sie vor rassistischen Übergriffen zu schützen – alles das sind Aufgaben und Herausforderungen, denen sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst derzeit stellen. Bund und Länder haben zunächst versucht, den erhöhten Personalbedarf für die Registrierung und Unterbringung der Flüchtlinge durch die Abordnung von Personal aus anderen Behörden auszugleichen. Diese Maßnahme kann in der Gesamtschau bestenfalls eine zeitlich eng begrenzte Entlastung bringen. Denn die Ursprungsbehörde muss ihre Aufgaben unverändert – aufgrund der Abstellung allerdings mit weniger Personal – erfüllen. Dienstrechtliche Änderungen zur „Ausschöpfung von Personalreserven“ sind derzeit ein weiterer Schritt. So werden Anreize geschaffen, um Beschäftigte über die für sie geltende Altersgrenze hinaus im Amt zu halten. Die Hinzuverdienstgrenze für pensionierte Beamtinnen und Beamte, die für das BAMF tätig werden, wird im Bund und in einigen Ländern vorerst bis Ende 2018 aufgehoben. Aus Sicht der Gewerkschaften kann dies aber ebenfalls nur ein Notfallplan sein. Viel zu groß ist die Gefahr, dass Regelaltersgrenzen aufgeweicht werden, reguläre Stellen nicht besetzt werden oder nicht genügend Personal ausgebildet wird.

## Nachhaltige Lösungen sind gefragt

Vielmehr müssen jetzt die Weichen für nachhaltige Strukturen gestellt werden. Elemente wie eine verstärkte Ausbildung, die Übernahme der ausgebildeten Fachkräfte, Angebote zur Aufstockung an Teilzeitbeschäftigte und die Entfristung bisher befristeter beschäftigter Personen gehören mit dazu. Die meisten Flüchtlinge, die Asyl beantragt haben, kommen in diesem Jahr aus Syrien. Ihre Bleibeperspektive wird als gut eingestuft, da ihre Anträge fast ausschließlich positiv entschieden werden. Zahlreiche Länder haben sich mit ihren aktuellen Haushaltsentscheidungen für 2015 und 2016 darauf eingestellt. Sie haben mittlerweile Entscheidungen über viele zusätzliche Stellen in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Dienstes getroffen, vor allem aber für die Bereiche Bildung, Sozialarbeit, Polizei und allgemeine Verwaltung. Auch der Bund hat bereits einige Entscheidungen für mehr Personal gefällt. Mit dem Nachtragshaushalt 2015 hat das BAMF 1.000 zusätzliche Stellen für den Asylbereich erhalten. Für das Jahr 2016 sollen im Haushalt Mittel für weitere 2.000 Stellen bereitgestellt werden. Die Personalgewinnung beim BAMF läuft auf Hochtouren. Die Bundespoli-

<sup>1</sup> destatis 2015: Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 6



zei bekommt 3.000 neue Stellen. Dieses Personal muss allerdings erst ausgebildet werden.

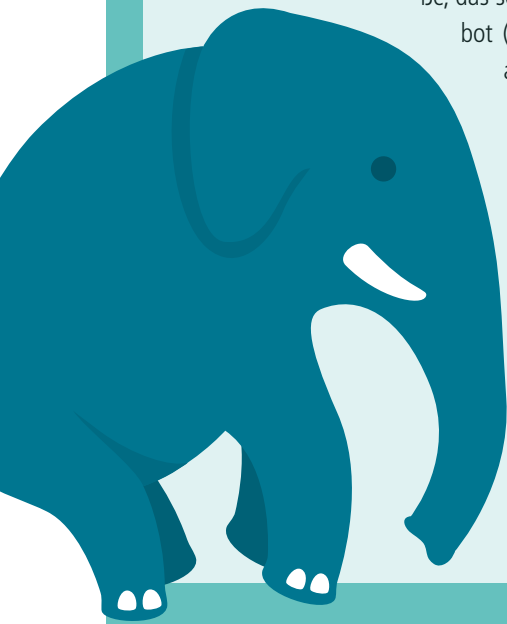
Nachhaltig sind Bemühungen vor allem, wenn dadurch die Rahmenbedingungen und damit die Qualität verbessert werden. Im Bildungsbereich etwa ist diese Debatte ein alter Hut. Seit Jahren wird über ein zukunftsfähiges Bildungswesen diskutiert. Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Hochschulen müssten entsprechend dem veränderten gesellschaftlichen Bedarf ausgebaut werden. Mit der Frage des Zugangs von Flüchtlingen zu Bildung erhält die Diskussion aber eine neue Intensität. Es gibt sogar neue Vorstöße,

das sogenannte Kooperationsverbot („Bildung ist Ländersache“) abzuschaffen. Die GEW unterstützt das. Jüngst forderte deren Vorsitzende Marlis Tepe: „Regelmäßig stoßen Bund und Länder auf das Problem, in der Bildungspolitik nur begrenzt zusammenarbeiten zu können. Diesmal in der Frage ‚Bildung für Flüchtlinge‘. Daran muss jetzt endlich

die einzig richtige Konsequenz gezogen werden: Das Kooperationsverbot in der Bildung muss fallen.“

### Abbaupfad verlassen

Die Diskussion um das Kooperationsverbot im Bildungsbereich ist nur ein Beispiel dafür, welche Chancen mit den aktuellen Entwicklungen verbunden sind. Es wird deutlich, wie wichtig ein auf allen Ebenen starker und handlungsfähiger öffentlicher Dienst für den Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft ist. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der jeder einzelne Mensch einen eigenen Beitrag leisten kann. Die Herausforderungen, die das Jahr 2015 mit sich brachte, konnten auch dank des Engagements ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer gemeistert werden. Für die weitreichenden Aufgaben braucht es aber sowohl personell als auch infrastrukturell gut ausgestaltete Rahmenbedingungen für öffentliche Dienstleistungen. Der öffentliche Dienst gewährleistet Rechtsstaatlichkeit, Daseinsvorsorge und Gemeinwohlorientierung. Durch den bisherigen Personalabbau ist die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in schwierigen Situationen aber gefährdet. Verteilungskämpfe um die unterschiedlichen Bedarfe von Bürgerinnen und Bürgern schaden der Integration. Ein Gegensteuern, das Verlassen des Pfads des Personalabbaus, ist nötig. Die Gewerkschaften werden diesen Prozess mitgestalten.



„Als Berufseinsteigerin bekomme ich einen einmaligen Bonus und staatliche Zulagen.“

**DGB**

## Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente

mit dem zusätzlichen Plus

für Gewerkschaftsmitglieder

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)





## „WIR BRAUCHEN VERSTÄRKUNG“

Menschenmengen, die auf die Erfassung durch die Bundespolizei warten: Dieses Motiv prägte lange die Berichterstattung über den Anstieg der Zahl der Asylsuchenden. Wochenarbeitszeiten von 80 Stunden wurden zur Realität. Die jetzige Situation offenbart die Folgen jahrelanger Kürzungspolitik im Polizeibereich. Nun hat die GdP die Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ gestartet. Jörg Radek, stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP, erläutert die aktuelle Lage.

**magazin //** Polizeibeamtinnen und -beamte des Bundes haben seit Einführung der Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze in diesem Herbst innerhalb eines Monats eine halbe Million Überstunden geleistet. Was geht in einer solchen Ausnahmesituation in den Kolleginnen und Kollegen vor?

**Jörg Radek //** Die Kolleginnen und Kollegen dort sind am Limit oder schon weit darüber hinaus. Die Gesundheit leidet. Ebenso das Familienleben der Betroffenen. Eine personelle Entlastung ist dringend nötig. Stattdessen zwingt das derzeitige Recht die Polizei, gegen jeden illegal einreisenden Flüchtling eine Anzeige aufzunehmen. Dieses Prozedere ist nicht nur menschlich problematisch für die Kolleginnen und Kollegen sondern führt auch zu dem rasanten Anstieg der Überstunden.

**magazin //** Meldungen zu riesigen Überstundenbergen kennen wir aus den Polizeien der Länder auch aus der Zeit vor dem Anstieg der Flüchtlingszahlen. Was läuft da schief?

**Jörg Radek //** Tatsächlich beklagen wir bereits seit Jahren in den Polizeien in Bund und Ländern einen eklatanten Personalmangel. Dies ist das Ergebnis einer falschen Sparpolitik. Beispiel Berlin: Die Polizei Berlin hat 2014 die Millionengrenze bei den Überstunden überschritten. Sie musste mehr als fünf Millionen Euro ausgeben, um diese Stunden auszuzahlen, die größtenteils über zwölf Monate alt waren. Dabei sind es neben der täglichen Verbrechensbekämpfung zum Beispiel Fußballspiele und Demonstrationen, die die Zahl der Überstunden hochtreiben. Die Flüchtlingskrise verschärft diese Entwicklung noch zusätzlich. Ohne diese Überstundenberge wäre die öffentliche Sicherheit in Deutschland gar nicht mehr aufrechtzuerhalten.

**magazin //** Ende November hat die GdP die bundesweite Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ gestartet. Welche Botschaften sollen mit ihr transportiert werden?

**Jörg Radek //** In den vergangenen Jahren wurden bei der Polizei 16.000 Stellen ersatzlos gestrichen, um Haushaltslöcher zu stopfen und die schwarze Null zu erreichen. Dabei nimmt die Aufgabenbelastung der Polizei nicht erst mit der Flüchtlingskrise rasant zu. Die Folge ist, dass immer weniger Polizisten immer mehr Überstunden machen. Die Krankenstände steigen. Originäre Aufgaben können vielfach nicht mehr in bewährter Weise erfüllt werden. Es wird auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen und der öffentlichen Sicherheit gespart. Damit muss Schluss sein! Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Polizistinnen und Polizisten, um die Personallücke zu schließen. Die Botschaft der Kampagne lautet deshalb: Wir brauchen Verstärkung!

**magazin //** Nehmen wir an, die Forderung nach mehr Personal wird erhört. Woher soll der Nachwuchs kommen?

**Jörg Radek //** Die Polizei in Deutschland genießt eine gesellschaftlich hohe Anerkennung, sie leistet ihre Arbeit auf international höchstem Niveau. Beides darf durch billige Lösungen als Hilfsmittel der Personalverstärkung nicht gefährdet werden. Die Qualität des Personals sichert die Qualität der Arbeit. Die Suche nach schnellen Lösungen darf nicht zu Discount-Lösungen führen. Eine Absenkung der Einstellungs Voraussetzungen für den Polizeiberuf wird es deshalb mit uns nicht geben. Die GdP tritt stattdessen dafür ein, dringend erforderlichen qualifizierten Nachwuchs mit attraktiven Berufsperspektiven zu werben. Dies ist auch der Grund, weshalb wir uns seit Jahren für bessere und vor allem familienfreundlichere Arbeitszeiten, Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten einsetzen.

Mehr über die Kampagne finden Sie im Internet unter [www.wir-brauchen-verstaerkung.info](http://www.wir-brauchen-verstaerkung.info)



## Albtraum oder Traumjob Wissenschaft?



Anfang November machte die GEW mit über 100 Aktionen im Vorfeld der Bundestagsanhörung zur Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes Stimmung für gute Arbeit. Derzeit sind neun von zehn wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an Hochschulen befristet. Die Hälfte der Zeitverträge hat eine Laufzeit von nicht einmal einem Jahr. „Wer von den WissenschaftlerInnen exzellente Forschung und Lehre erwartet, muss ihnen faire Beschäftigungsbedingungen bieten“, erklärte der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller in der Anhörung. Die GEW fordert Mindestlaufzeiten für Zeitverträge. Außerdem soll die so genannte familienpolitische Komponente endlich verbindlich werden. „In Sonntagsreden schwärmen BildungspolitikerInnen von der familienfreundlichen Hochschule“, so Keller, „tatsächlich sind wissenschaftliche Qualifizierung und Familie für Viele nicht vereinbar.“ Ob ihr Zeitvertrag verlängert wird, wenn sie Kinder betreuen, entscheidet der Arbeitgeber. Es gibt keinen Anspruch auf Verlängerung. Nicht auf eine Gesetzesänderung warten wollte der Personalrat der Stiftung Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Er setzte eine wegweisende Dienstvereinbarung im Sinne dieser Forderungen durch. Dafür wurde er auf dem Schöneberger Forum des DGB mit dem Deutschen Personalräte-Preis 2015 in Gold geehrt (siehe S. 17).

Antibefristungsflashmob am 2. November 2015 vor dem Brandenburger Tor.

Foto: Kay Henschelmann



**BSW. Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst**



### Nutzen Sie den Vorteil einer Mitgliedschaft im Beamtenselbsthilfswerk!

- ★ Seit über 50 Jahren die Gemeinschaft für den Öffentlichen Dienst mit ca. 600.000 Mitgliedsfamilien
- ★ Vorteilhaft einkaufen bei über 20.000 namhaften Filialisten und Geschäften vor Ort ...
- ★ ... und bei über 600 Online-Shops, wie Lidl.de, Zalando, Ebay, BAUR, OTTO, Peter Hahn, lieferando.de, Fressnapf, XXXL Einrichtungshäuser, CONRAD, DocMorris, Tchibo und viele mehr
- ★ Überdurchschnittlich attraktive Geldanlagen
- ★ Günstig reisen mit Komplett-Service
- ★ Strom, Gas, Heizöl – Energie zu BSW-Konditionen
- ★ Kostenlose Zusatzkarten für Familienmitglieder



**Tel. 0800 444 00 120**

(gebührenfrei; Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr)

**[www.bsw.de](http://www.bsw.de)**





## Bund

### Praxisaufstieg in gehobenen Dienst erkämpft

Der monatelange Einsatz des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften für den Praxisaufstieg hat sich gelohnt. Das Bundesinnenministerium teilte Anfang Dezember mit, dass es für den an Berufserfahrung anknüpfenden Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst eine Anschlussregelung geben solle. Die bisherigen Regelungen zum Praxisaufstieg in der Bundeslaufbahnverordnung laufen Ende 2015 aus. In ausführlichen Stellungnahmen und einem konstruktiven Beteiligungsgespräch am 5. November hatten die Gewerkschaften Druck gemacht. Jörg Radek, stellvertretender GdP-Vorsitzender, hatte darauf hingewiesen, dass die Abschaffung praxisorientierter Aufstiegsformate quer zur Zielsetzung des Koalitionsvertrages läge. Angesichts der geplanten Öffnung mancher Laufbahnen des höheren Dienstes für BachelorabsolventInnen mit Berufserfahrung sei eine Abschaffung des Praxisaufstiegs nicht zu vermitteln. Klaus Weber, Bundesbeamtensekretär von ver.di, hatte gefordert, Personalentwicklung und Aufstieg stärker zu verzahnen.

### 12,8 Milliarden Euro ohne Nutzen für die BürgerInnen

„E-Government in Deutschland gibt es nicht“, so lautet die zentrale These einer Studie im Auftrag des Nationalen Normenkontrollrates, die auf dem nationalen IT-Gipfel Mitte November vorgestellt wurde. Nur 9 Prozent der Kommunen bieten demnach mehr als 20 Online-Verfahren an. Eine gute Benutzbarkeit ist nur in knapp der Hälfte der Verfahren gegeben. Deutschland hinkt im europäischen Vergleich drastisch hinterher, obwohl Bund, Länder und Kommunen jährlich 12,8 Milliarden Euro für E-Government ausgeben. Die Forderung der Verfasser: Prozesse durchgängig und

ebenenübergreifend modernisieren. Ein Anfang dazu soll jetzt mit Hilfe einer besonderen Fokusgruppe des IT-Gipfels beim Flüchtlingsmanagement gemacht werden. Weil bei ebenenübergreifender IT-Modernisierung die Beschäftigten nicht am Tisch sitzen, forderte der DGB als ersten Schritt, dass neben den Beschäftigten der Privatwirtschaft auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihre digitalisierten Arbeitsbedingungen im nationalen IT-Gipfel berücksichtigt werden. Kaum im Amt, reagierte der neue Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, Klaus Vitt, und lud den DGB ein. „Wir freuen uns sehr darüber“, erklärte DGB-Abteilungsleiter Dr. Karsten Schneider, „jetzt kommt viel Arbeit auf uns und unsere Mitgliedsgewerkschaften zu, um die Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Mitglieder aller Gewerkschaften umfassend einzubringen.“

Studie unter  
[www.oefit.de](http://www.oefit.de)  
Gipfel-Infos unter  
[www.it-gipfel.de](http://www.it-gipfel.de)

### Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff kommt

Der Bundestag hat am 13. November 2015 das Zweite Pflegestärkungsgesetz beschlossen. Damit gelten zum 1. Januar 2017 sowohl ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff als auch ein neues Begutachtungsverfahren zur Ermittlung des Pflegebedarfs der zu pflegenden Menschen. Die bisherigen drei Pflegestufen werden durch fünf Pflegegrade ersetzt. Die neue Einteilung der Pflegegrade von 1 bis 5 orientiert sich am Grad der Selbstständigkeit der Betroffenen. Das sogenannte Neue Begutachtungsassessment soll messen, was Pflegebedürftige noch selbstständig ausführen können. Dafür wird in sechs Bereichen ermittelt, inwieweit der Pflegebedürftige Hilfeleistung bei Aktivitäten benötigt. Damit ist auch beabsichtigt, Menschen mit kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen den Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung zu erleichtern. Der DGB begrüßte die neuen Regelungen grundsätzlich, bleibt aber bei seiner Einschätzung, dass die Reform nur mit einer deutlich besseren Personalausstattung gelingen kann.

## Postpersonalrecht

### Zwei Jahrzehnte Postprivatisierung

„Unser Interesse sind gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten“, betonte Klaus Weber, ver.di-Bundesbeamtensekretär und Bereichsleiter des ver.di-Bundesfachbereichs Bund und Länder, in seiner Begrüßung im Rahmen einer Fachtagung am 1. Dezember anlässlich des 20. Jahrestages der Postreform II. Den BeamtInnen versicherte er: „Wir haben euch nicht vergessen, wir sind für euch da.“ ver.di hatte 250 Betriebsratsmitglieder der Postnachfolgeunternehmen und Personalratsmitglieder der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation sowie der Sozialeinrichtungen nach Berlin eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Situation der Beschäftigten bei Post, Telekom und Postbank sowie aktuelle Gesetzesänderungen und deren Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation speziell der BeamtInnen, darunter Änderungen bei der dienstrechtlichen Zuständigkeit, neue Lebensarbeitszeitkonten und die Übertragung von Dienstherrenbefugnissen.



„Wir sind für euch da!“, versicherte Klaus Weber, ver.di-Bundesbeamtensekretär, den BeamtInnen bei den Postnachfolgeunternehmen am 1. Dezember 2015 in Berlin. Foto: Kay Herschelmann

Ausführlicher  
Tagungsbericht  
[beamte.verdi.de/  
themen/postperso-  
nalrecht](http://beamte.verdi.de/themen/postpersonalrecht)

## Baden-Württemberg

### Vorschuss bei Pflege

Im Ländle soll es künftig einen Pflegevorschuss für BeamtInnen geben, die Familienangehörige pflegen. Statt eines Darlehens wird künftig eine finanzielle Förderung von Pflegezeiten in Form von unverzinslichen Gehaltsvorschüssen möglich sein. Die Höhe des Vorschusses richtet sich dabei nach der Höhe der bezogenen Bezüge, wobei bis zur Hälfte der Differenz monatlich ausgezahlt wird. Mit der Regelung wird das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretene Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf mit den Neuregelungen des Pflegezeit- und des Familienpflegezeitgesetzes wirkungsgleich auf die Beamtenschaft übertragen.

## Bayern

### Hort statt Herd!

Kaum hatte das Bundesverfassungsgericht das Betreuungsgeld des Bundes verworfen, kündigte der Freistaat ein eigenes Gesetz dazu an. Dieses hat das Kabinett nun auf den Weg gebracht. „Das Betreuungsgeld ist gleichstellungspolitisch der falsche Weg und bildungspolitisch eine Rolle rückwärts“, kommentierte

schaffen, um allen Kindern die gleichen Chancen auf frühe Bildungsteilhabe zu ermöglichen, werden mit einer Bargeld-Prämie Anreize geschaffen, auf die Bildungsangebote für Kinder zu verzichten“, kritisierte Di Pasquale. Bayern halte daran fest, eine staatliche Leistung für die Nichtinanspruchnahme einer staatlichen Leistung zu zahlen. „Das ist absurd“, so die DGB-Vize.

## Berlin

### 2016 mehr Mittel

Die rot-schwarze Koalition hat den Doppelhaushalt 2016/2017 beschlossen und damit den Weg für mehr Personal in Bürgerämtern, Schulen, bei Polizei und Feuerwehr geebnet. So einigten sich die Regierungsparteien auf die Schaffung von 36 zusätzlichen Stellen bei den bezirklichen Bürgerämtern. Je Bezirk macht das drei Stellen. Nutzt ein Bezirk diese Option nicht innerhalb von sechs Monaten, sollen die übrigen Bezirke auf die Stelle zugreifen können. Auch für die Gymnasien ist ein besserer Personalschlüssel geplant. Um eine gezieltere Förderung im Probejahr umsetzen zu können, soll künftig in der siebten Klasse der gleiche Personalschlüssel finanziert werden wie aktuell an den Sekundarschulen.

Darüber hinaus ist vorgesehen, die Ausbildung bei Feuerwehr und im Justizvollzug besser zu bezahlen. Der DGB wies darauf hin, dass der derzeitige Personalnotstand in weiten Teilen der Berliner Verwaltung ein überwiegend „hausgemachtes“ Problem sei, das vor allem auf den Jahrzehnte andauernden Personalabbau zurückzuführen sei. „Tatsache ist, dass wir bereits seit längerem

eigentlich einen höheren Personalbedarf in Berlin haben. Die schlechte Personalausstattung ist durch die stark gestiegene Zahl von Asyl- und Schutzsuchenden nur überdeutlich zu Tage getreten“, so Doro Zinke, DGB-Vorsitzende Berlin-Brandenburg.

## Brandenburg

### „TV Umbau“ wird umgebaut

Seit 2009 haben Beschäftigte, die vom Verwaltungsumbau betroffen sind, tarifvertragliche Rechte auf Qualifizierung, auf Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung. Der Tarifvertrag über Maßnahmen zur Begleitung des Umbaus der Landesverwaltung („TV Umbau“) wurde seinerzeit zwischen der Landesregierung und den DGB Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und IG BAU geschlossen. Im November begannen die Verhandlungen zur Verlängerung des Tarifvertrages. In einer konstruktiven Verhandlungsrunde konnte die Einigung erzielt werden, dass der „TV Umbau“ bis zum 31. Dezember 2017 verlängert wird. Doch es kommen zusätzliche Veränderungen auf den öffentlichen Dienst zu. Die Funktional- und Strukturreform von Kommunal- und Landesverwaltung steht an. Über einen Tarifvertrag zu deren sozialverträglicher Begleitung soll im Frühjahr 2016 verhandelt werden. Er könnte den „TV Umbau“ ablösen. Die DGB-Gewerkschaften haben ihre Schwerpunkte bereits klar formuliert. Neben Angeboten zum vorzeitigen Ausscheiden lebensälterer Beschäftigter und zu alterns- und lebensphasengerechten Arbeitsbedingungen, fordern sie Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für eine zukunftssichere Beschäftigung. Außerdem seien auch tarifvertragliche Maßnahmen zur Gewinnung und Einstellung junger Beschäftigter von Nöten. Immer mit auf der Forderungsliste: Die Übertragung der Ergebnisse auf den Beamtenbereich.

## Bremen

### Gleich und doch anders

Auf diesen Widerspruch machten die drei Nord-Vorsitzenden der GEW aufmerksam und forderten zugleich ihre Landesregierungen in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein auf: „Sorgen Sie für gleiches Geld für gleichwertige Arbeit! Trauen Sie sich diesen sozialdemokratischen Grundsatz endlich auch für Lehrerinnen und Lehrer umzusetzen!“ Trotz



Dr. Verena Di Pasquale, stellvertretende Vorsitzende des DGB Bayern, den Entwurf. Nach Ansicht des DGB solle das Geld besser in den Ausbau und die Qualität der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur investiert werden. „Anstatt endlich verlässliche Strukturen zu



gleichlanger Ausbildung würden Lehrkräfte an Grundschulen und in einigen Schularten der Sekundarstufe 1 noch immer eine Besoldungsstufe niedriger besoldet als die übrigen Lehrkräfte. Davon betroffen seien vornehmlich Frauen, die 90 Prozent der Lehrkräfte an den besagten Schulen ausmachten. „Die gerechte Besoldung der Grundschullehrkräfte nach A 13 wäre in Zeiten der Forderung nach Förderung von Frauen sowie einem von der Großen Koalition geplanten Entgeltgleichheitsgesetz ein

konsequenter Schritt zur längst fälligen Gleichberechtigung. „Equal pay“ muss von einem „Werbeslogan“ endlich in die politische Realität überführt werden“, so Bernd Winkelmann, Landesvorstandssprecher der GEW Bremen.

## Hamburg

### Konzept erstellt – Senator trödelt

Nach jahrelangem Sparkurs kommt der öffentliche Dienst mit der Ausbildung seines Nachwuchses nun nicht mehr hinterher. So auch in Hamburg, wo die Akademie der Polizei dringend an die hohe Zahl von Neueinstellungen angepasst werden muss. Die GdP kritisiert, dass die erforderliche Organisationsverfügung nicht erlassen wird. Dabei haben nach Angaben der GdP die KollegInnen der Akademie in den letzten Monaten bereits gemeinsam eine zukunftsfähige Aus- und Fortbildungsorganisation entwickelt. So solle eine neue Abtei-

lung „Berufspraktische Aus- und Fortbildung“ geschaffen werden um bisher vom Vollzug bemängelte Ausbildungsdefizite zu vermeiden. Die GdP kritisiert überdies, dass BewerberInnen bis zu 6 Monate auf die ärztliche Untersuchung warten müssen. Der Polizeiärztliche Dienst kann die Nachfrage personell nicht bewältigen. Die dadurch verzögerten Einstellungszusagen bergen nach Gewerkschaftsangaben die Gefahr, dass BewerberInnen sich für andere Bundesländer entscheiden.

## Hessen

### GEW: A 13 für Alle

Am 13. November protestierten landesweit GrundschullehrerInnen für eine Bezahlung nach Besoldungsgruppe A 13. Der Termin war nicht zufällig gewählt: Gemessen an der Besoldung A 13 in allen anderen Schulformen in Hessen endet die Bezahlung von Grundschullehrkräften nach A 12 am 13. November jeden Jahres.

**DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif**

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Marktdaten der Riester-Anbieter, Stand: 31.12.2013.  
Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe von Riester-Produkten“, Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2014.

## ► 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag über die gesamte Laufzeit und alle Vorteile der UniProfiRente Select – der Riester-Rente vom Marktführer<sup>1)</sup>:

- Lebenslang eine „exzellente Renten-Höhe“<sup>2)</sup>
- 100 % Garantie Ihrer Einzahlungen und staatlichen Zulagen zum Beginn der Auszahlphase. Während der Ansparphase unterliegt die Anlage marktbedingten Kursschwankungen.
- Wahlweises Ein- und Ausschalten der Gewinnsicherung
- Jederzeitige und unbegrenzte Einzahlungen

Ausführliche produktspezifische Informationen entnehmen Sie bitte den Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag. Hinweise zu Chancen und Risiken der zugrunde liegenden Fonds entnehmen Sie bitte den aktuellen Verkaufsprospekten, den Vertragsbedingungen, den wesentlichen Anlegerinformationen sowie den Jahres- und Halbjahresberichten, die Sie kostenlos in deutscher Sprache bei Ihrer BBBank eG, Herrenstraße 2–10, 76133 Karlsruhe (Telefon 07 21/141-0 oder [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)) oder über den Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main, [www.union-investment.de](http://www.union-investment.de), Telefon 069/5 89 98-61 00, erhalten. Diese Dokumente bilden die allein verbindliche Grundlage für den Kauf. Stand: 10. April 2015.

### Mehr Informationen? Gerne!

[www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)



Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst





„Die Frage der gleichen Bezahlung von Grundschullehrkräften ist von gleichstellungspolitischer Bedeutung“, unterstrich der GEW-Landesvorsitzende Jochen Nagel, „91,2 Prozent der Beschäftigten an Grundschulen sind Frauen.“ Für seine Stellvertreterin Karola Stötzel

### » 91,2 PROZENT DER BESCHÄFTIGTEN AN GRUND- SCHULEN SIND FRAUEN.«

widerspricht die ungleiche Bezahlung den tatsächlichen Anforderungen im Beruf. „Die Anforderungen an die individuelle Förderung und die Übernahme von sonderpädagogischen Aufgabenfeldern sind da nur zwei Beispiele“, so Stötzel. Mit einem offenen Brief appellierte die GEW an den hessischen Kultusminister und die Leitungen der Staatlichen Schulämter, sich für ein Ende dieser Schlechterstellung stark zu machen.

## Mecklenburg-Vorpommern

### Landtagswahl 2016: DGB formuliert Forderungen

Rechtzeitig zur Diskussion um die Wahlprogramme hat der DGB Nord seine Anforderungen an die demokratischen Parteien zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt. Der DGB und seine Gewerkschaften erwarten von der zukünftigen Landesregierung, dass sie das Ziel der Guten Arbeit auch im öffentlichen Dienst konsequent verfolgt. Konkrete Forderungen sind eine Aktualisierung der Beteiligungsvereinbarung mit der Landesregierung, die Einführung von Beteiligungsrechten in der Geschäftsordnung des Landtags, die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme der Tarifiergebnisse auf die Besoldung und Versorgung der BeamtInnen, die Stärkung der Mitbestimmung der Personalräte durch eine Novellierung des Personalvertretungsgesetzes und die Verankerung von Mindeststan-

dards im Gesundheitsmanagement für alle Beschäftigten des Landes. Zu diesen Forderungen führt der DGB Gespräche mit den im Landtag vertretenen demokratischen Parteien.

## Niedersachsen

### Mehr für Personalräte

Im Rahmen eines Pressegesprächs anlässlich von Plänen der Landesregierung zur Änderung des Personalvertretungsrechts machte der DGB zusammen mit seinen Mitglieds Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, ver.di, GEW und GdP deutlich, dass die Landesregierung die Rechte der Personalräte stärken und deren Arbeitsbedingungen verbessern muss. Lea Arnold, Leiterin der Abteilung Beamte/Öffentlicher Dienst



Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.



## ... starker Partner des öffentlichen Dienstes

Egal, ob Sie gesetzlich krankenversichert oder beihilfeberechtigt sind: Die Kostenbeteiligung der Patienten steigt. Private Vorsorge wird daher immer wichtiger. Profitieren auch Sie von unseren hohen Leistungen und günstigen Beiträgen für Beamte und gesetzlich Krankenversicherte!

Wir unterbreiten Ihnen gerne einen Versorgungsvorschlag.

anders als andere



Info  
(0800) 888 00 82 00  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

Debeka



beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, erklärte: „Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht nur unzureichende Verbesserungen gegenüber den bisherigen Rege-



lungen vor. An zentralen Stellen aber versäumt es Rot-Grün, moderne Mitbestimmung von Personalräten bei Land und Kommunen zu ermöglichen.“ Arnold verwies darauf, dass der DGB bereits im Juni 2013 einen umfangreichen Forderungskatalog vorgelegt und sich gar die Landesregierung selbst im Koalitionsvertrag höhere Ziele gesetzt habe. In Bezug auf den Schulbereich sagte Rüdiger Heitefaut, Sekretär für Tarif- und Beamtenpolitik bei der GEW Niedersachsen: „Die GEW erwartet, dass bei den steigenden Aufgaben der Stufenvertretungen im Schulbereich die Mitgliederzahl bei den Schulbezirks- und beim Schulhauptpersonalrat auf 25 erhöht wird“. Nur so seien die neuen Aufgaben durch die Stufenvertretungen verantwortlich zu bearbeiten.

## Nordrhein-Westfalen

### 4.000 plus

Der DGB Nordrhein-Westfalen rechnet mit einem Mehrbedarf an Lehrkräften aufgrund der Flüchtlingslage von mindestens 4.000 Stellen und fordert die Landesregierung in seiner Stellungnahme zum Personalhaushalt 2016 auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Die bisher zusätzlich zur Verfügung gestellten Stellen seien sicher eine beachtliche Kraftanstrengung des Landes, der tatsächliche Bedarf jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit größer. „Auch die Zuwanderung stellt unser Land vor die große Herausforderung, aus der Tragödie der Menschen Chancen und Perspektiven zu entwickeln. Wenn wir in NRW die Weichen richtig stellen, wird die Zuwanderung ein Gewinn für unser Land“, sagte dazu der DGB-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Andreas Meyer-Lauber.

## Rheinland-Pfalz

### Gesprächsmarathon zum Haushalt

Die Liste der Finanzbedarfe, die die GdP im November mit den Landtagsfraktionen erörtert hat, ist ein Spiegel der Überlastung der Polizei: So bedarf es nach Ansicht der GdP einer Aufstockung der Vollzeitstellen bei der Polizei von derzeit 8.800 auf mindestens 9.014. Für die Anwärterstellen bedeute dies einen Erhebungsbedarf auf 1.500. Weil durch Verlängerungen bei der Lebensarbeitszeit viele Beförderungsmöglichkeiten blockiert werden, fordert die GdP weitere Stellenhebungen. Weil Fremdvergaben von Dienstleistungen das Land teuer zu stehen kommen, will die GdP mehr Stellen und Budget für eigenes Tarifpersonal für die Zentrale Bußgeldstelle und Migrationsaufgaben.

## Saarland

### Beihilfe-Gipfel

Das saarländische Finanzministerium hat mit einer Gesprächseinladung auf den offenen Brief in Sachen Bearbeitung von Beihilfeanträgen von GdP, ver.di und GEW reagiert. Kernthemen des Treffens waren neben der Verbesserung der personellen Situation in der Beihilfestelle, Maßnahmen der Verfahrensvereinfachung, die Erweiterung des Abschlagsbezuges im Bereich Pflege, technische Verbesserungen unter anderem durch die Möglichkeiten der elektronischen Erfassung und Bearbeitung des Beihilfeantrages sowie die Einrichtung eines Online-Kundenportals. Nun sollen alle eingebrachten Vorschläge geprüft und ein Umsetzungskonzept erarbeitet werden. Die Gewerkschaften pochen insbesondere auf eine zeitnahe Realisierung, damit die Bearbeitungsfristen endlich auf ein angemessenes Maß gekürzt werden.

## Sachsen

### ReFAIRendariat sieht anders aus!

Über 700 Lehramtsstudierende demonstrierten mit ihrer GEW im November vor dem Kultusministerium. Anlass der Demonstration war die geplante Reform des Vorbereitungsdienstes (Referendariat). Das Ministerium hatte weder die betroffenen Studierenden noch die



„Kultus, wir müssen (mit)reden!“, so die Botschaft der Demonstration am 23. November 2015 vor dem sächsischen Kultusministerium.

Foto: Burkhard Naumann/GEW Sachsen

GEW einbezogen. Unter dem Motto „Wenn Sachsen ohne uns entscheidet, entscheiden wir: Ohne Sachsen“ wurde das undemokratische Verfahren kritisiert. Der Protest richtete sich auch gegen die hohe Arbeitsbelastung im Vorbereitungsdienst. Die Bezahlung sei „knapp an der Armutsgrenze“. Die Beurteilungen durch

## » WENN SACHSEN OHNE UNS ENTSCHEIDET, ENTSCHEIDEN WIR: OHNE SACHSEN«

SchulleiterInnen empfanden viele Demonstrationen als wenig sinnvoll. Vielen fehlt auch ein Mitspracherecht im Vorbereitungsdienst. Gemeinsam skandierten die Teilnehmenden: „Hört uns zu, sonst hören wir auf.“ In ihrem Aufruf wiesen sie darauf hin, prekäre Bedingungen könnten zum Abbruch der Ausbildung oder einer Abwanderung in andere Bundesländer führen. Ein erster Erfolg wurde bereits während der Demonstration erzielt: Die Staatliche Kommission Lehrerbildung, welche zeitgleich tagte, lud spontan zusätzliche StudierendenvertreterInnen zur Diskussion ein.

### Sachsen-Anhalt

#### Straßenbaubehörde bleibt auf der Strecke

Ab dem Winter 2016/17 sollen in Sachsen-Anhalt 1.300 Kilometer öffentlicher Straße nicht mehr öffentlich sondern von privaten Dienstleistern von Schnee und Eis geräumt werden. Die dazu erforderlichen Mittel gab der Finanzausschuss Ende November frei. Der

Privatisierung war ein massiver Kahlschlag bei der Straßenbaubehörde voraus gegangen. Zuletzt hatte sie gar niemanden mehr ausgebildet. So kann sie inzwischen nur noch mit notdürftigen Plänen den Winterdienst aufrechterhalten. Jüngste Planungen sahen vor, für die Winterzeit Beschäftigte befristet einzustellen sowie Kleinunternehmer mit Fahrzeugen des Landes die Straßen streuen zu lassen. Werner Theis, Fachbereichsleiter der Gewerkschaft ver.di, kritisierte die Privatisierung scharf: „Alle Erfahrungen in anderen Ländern bestätigen, dass ein privatisierter Winterdienst teurer und schlechter wird.“

### Schleswig-Holstein

#### Beamtenrecht 4.0?

Der DGB Nord hat in seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Landesbeamtenrechts die Absicht der Landesregierung begrüßt, mit einem Attraktivitätspaket die Beschäftigungsbedingungen der BeamtenInnen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung attraktiver zu gestalten und zu verbessern. Die angedachten Maßnahmen würden sich jedoch vor allem an die Bestandsbeschäftigten und insbesondere die Lebensälteren richten. Für die Nachwuchskräfteerkrutierung seien sie hingegen kaum geeignet. Positiv hebt der DGB die verbesserten Teilzeitvarianten hervor. Diese würden jedoch in vielen Bereichen ein leeres Versprechen bleiben, da etwa bei der Polizei Teilzeit nur aus familienbezogenen Gründen gewährt und das verringerte Arbeitszeitvolumen nicht

ausgeglichen werde, sondern von den Vollzeitbeschäftigten zu übernehmen sei. Der DGB prognostiziert daher, dass die Teilzeitmöglichkeiten ohne Aufbau einer Personalreserve in vielen Bereichen reine Theorie bleiben werden. Dass weiterhin an Plänen für massive Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst festgehalten werde, widerspräche deshalb allen Bemühungen zur Attraktivitätssteigerung, so der DGB.

### Thüringen

#### Stellenabbau gefährdet Sicherheit

Nach Einschätzung der GdP sind die nach den Terroranschlägen von Paris ergriffenen Sicherheitsmaßnahmen neben allen anderen Aufgaben auf Dauer nicht leistbar. Der GdP-Landesvorsitzende Kai Christ fordert deshalb: „Die Landesregierung und der Landtag müssen akzeptieren, dass ein weiterer Personalabbau in der Polizei und das Festhalten an dieser Finanz-



Foto: fotolia.de/recht\_schoen

ausstattung die innere Sicherheit in Thüringen gefährdet.“ Der GdP-Landesvorstand hat angesichts der derzeitigen und mittelfristig zu erwartenden Sicherheitslage daher einen Forderungskatalog aufgestellt. Er umfasst unter anderem die sofortige Aufhebung des Stellenabbaupfades für PolizeivollzugsbeamtenInnen und Tarifbeschäftigte der Polizei. Damit sich PolizeivollzugsbeamtenInnen ihren Kernaufgaben widmen können, brauche es ausreichend Tarifbeschäftigte und VerwaltungsbeamtenInnen, die sie von vollzugsfremden Aufgaben entlasten. Um den Nachwuchsbedarf zu decken, müsste über die Kapazitäten des Bildungszentrums der Thüringer Polizei hinaus eine Zahl von jeweils 300 PolizistInnen jährlich in den nächsten drei Jahren zusätzlich ausgebildet werden.



# Nutzen Sie Ihren Status im öffent- lichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

## Beamendarlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarif- beschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 60.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren  
– dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall  
durch Comfort-Rentenversicherung  
(in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur  
Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle  
Auszahlung

## Jetzt Angebot anfordern:

**NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG**  
Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg  
Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457  
MBoeD@nuernberger.de

**INFO-SERVICE** INFO-SERVICE  
Öffentlicher Dienst/Beamte Fuchslohweg 1  
74933 Neidenstein

Willkommen beim  
DGB-Bildungswerk NRW



## Wahlvorstandsschulung für die Personalratswahlen 2016

Gute Personalratsarbeit lebt von engagierten Menschen, die sich begeistert und persönlich einsetzen, um in der Arbeitswelt etwas zu bewegen. Um wirklich erfolgreich zu sein, ist aber auch eine Menge Sachkenntnis und Rechtswissen nötig. Genau das vermitteln unsere Seminare.

### Aktuelles Wissen für eine rechtssichere Wahl

Unsere Referentinnen und Referenten bringen bestes Fachwissen und Erfahrung aus der beruflichen Praxis mit. Anhand rechtlich geprüfter Unterlagen vermitteln sie das erforderliche Wissen, damit die Wahl ordnungsgemäß durchgeführt werden kann.

Die Schulung ist auch für erfahrene Wahlvorstandsmitglieder empfehlenswert, da immer die neueste Rechtsprechung vermittelt wird.

### Themen

- Vorbereitung der Personalratswahlen
- Rechte der Wahlvorstände
- Aufgaben des Wahlvorstandes
- Fristen und Fristenberechnung
- Wahlausschreiben
- Wählerverzeichnis
- Personenwahl oder Listenwahl
- Ermittlung des Wahlergebnisses
- Konstituierende Sitzung



### Termine:

Schulungen nach BPersVG  
Schulungen nach LPVG NRW  
direkt unter [www.personalratswahl-nrw.de](http://www.personalratswahl-nrw.de)

### Veranstalter:

DGB-Bildungswerk NRW e.V. in Kooperation mit  
ver.di Landesbezirk NRW, Abteilung Bildung

### Ansprechpartner:

Jörg Richerzhagen, Telefon: 0211 17523-212  
Sascha Steffens, Telefon: 0211 17523-311  
[verdi@dgb-bildungswerk-nrw.de](mailto:verdi@dgb-bildungswerk-nrw.de)

### Anmeldung per Post, Fax oder online:

DGB-Bildungswerk NRW e.V.  
Bismarckstraße 77, 40210 Düsseldorf  
Fax: 0211 17523-261 oder direkt unter  
[www.personalratswahl-nrw.de](http://www.personalratswahl-nrw.de)



Gemeinsam weiterbilden





## „Kaum Zeit für Demokratie in der Dienststelle“ ... und wie Mitbestimmung dennoch gelingen kann ...

Am 25. und 26. November 2015 trafen sich 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Schöneberger Forums, um unter dem Motto „Demokratie in der Dienststelle“ über zeitgemäße Standards im Personalvertretungsrecht zu diskutieren. Zur jährlichen Fachtagung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hatten der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Hans-Böckler-Stiftung eingeladen. Auf der Tagung wurde auch der diesjährige Deutsche Personalräte-Preis an sehr engagierte Personalvertretungen verliehen.

### Die Augenhöhe entscheidet

Mitbestimmung müsse gelebt werden. Mit dieser Aussage zum Personalvertretungsgesetz könnte man alle Rednerinnen und Redner anlässlich der Eröffnung des diesjährigen Schöneberger Forums zitieren. Entscheidend sei ein Umgang auf Augenhöhe. Auseinander gingen die Einschätzungen aber dann dazu, was getan werden könnte, wenn diese Augenhöhe

nicht gegeben ist. Die Situation in Berlin, über die die stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP Kerstin Philipp berichtete, stach da besonders hervor. Fragen der Beteiligung würden dort regelmäßig vor Gericht landen. Wenn dann immer nur die Personalvertretung gewinne, werde klar, dass etwas schief laufe, so Philipp. Bislang seien Personalräte davon abhängig, dass die Arbeitgeberseite ein Verhandeln auf Augenhöhe zulässt. Das Auditorium machte auf einen weiteren Aspekt aufmerksam: Für Mitbestimmung benötigt man Zeit und die wird auf Grund zunehmender Arbeitsverdichtung im öffentlichen Dienst immer knapper. Hans-Georg Engelke, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, bezweifelte dennoch, dass sich die Realität durch Änderungen am Gesetz ändern ließe. Der rheinland-pfälzische Innenminister und derzeitige Vorsitzende der Innenministerkonferenz Roger Lewentz lobte vor allem den Einsatz und Gestaltungswillen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie ihrer Personalvertretungen und vertrat mit Blick auf eine Politik der schwarzen Null die Ansicht, dass selbst Sparprogramme verantwortungsbewusst miteinander umsetzbar seien.

### Rechtliche Änderungen nötig

Angesichts eines tiefgreifenden Wandels in der Arbeitswelt und speziell im öffentlichen Dienst sehen die Gewerkschaften



„Rechte der Personalräte an die Realität anpassen“: Elke Hannack skizziert die Forderungen des DGB für moderne Mitbestimmung.

sehr wohl Handlungsbedarf. So forderte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack ein zeitgemäßes Personalvertretungsrecht für Bund und Länder. Die vorhandenen rechtlichen Regelungen würden den Realitäten in den Betrieben und Dienststellen nicht mehr gerecht werden. So bedürfe es der Allzuständigkeit der Personalräte und eines umfassenden Initiativrechts. Schließlich trügen die engagierten Männer und Frauen in den Interessenvertretungen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes insgesamt bei und sorgten an vielen Stellen sogar dafür, dass der Dienstbetrieb trotz schwieriger Rahmenbedingungen überhaupt noch aufrechterhalten bleiben könne.

### Mitbestimmung konkret

In sechs Arbeitsforen diskutierten die Teilnehmenden mit Expertinnen und Experten die vielen Facetten der Mitbestimmung: von der Frage „Was ist Erfahrung wert?“, bei der es um die Mitbestimmung des Personalrats bei der Ersteinstufung ging, über die Gestaltungsmöglichkeiten beim Gesundheitsmanagement und der Digitalisierung, bis hin zur Zusammenarbeit des Personalrats mit Akteuren wie der Gleichstellungsbeauftragten oder der Jugend- und Auszubildendenvertretung. Ein Resümee der einzelnen Workshops haben wir auf der Homepage des Schöneberger Forums unter [www.schöneberger-forum.de](http://www.schöneberger-forum.de) veröffentlicht:

### Personalräte machen Hausaufgaben der Arbeitgeber

In den Vorträgen und Diskussionen der beiden Tage traten die Potenziale der Mitbestimmung für einen modernen, handlungsfähigen öffentlichen Dienst anschaulich zu Tage. Vorschläge für eine Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts wurden konkretisiert. Ein Blick zurück auf vergangene Schöneberger Foren führt aber auch deutlich vor Augen: Personalräte erarbeiten immer häufiger Problemlösungen, die eigentlich die Arbeitgeber aus eigenem Interesse an guten Arbeitsergebnissen liefern müssten. Vielerorts gelingt es ihnen beispielsweise, Arbeitsbedingungen, die der Dienstherr zu verantworten hat und die für die Beschäftigten zur großen Belastung geworden sind, mit dem Instrument der Dienstvereinbarung zu verbessern. In der Mitbestimmung liegt damit ein unschätzbarer Wert für die öffentliche Hand, so ein Fazit nach den zwei Tagen des diesjährigen Schöneberger Forums.



Ausgezeichnetes Engagement: Der Personalrat für das wissenschaftliche Personal der Stiftung Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) freut sich über den goldenen Deutschen Personalräte-Preis 2015.  
Fotos: Simone M. Neumann

Ausführliche Informationen sind abrufbar unter:  
[www.bund-verlag.de](http://www.bund-verlag.de) ►  
Zeitschriften ► Deutscher Personalräte-Preis

### Leuchttürme der Mitbestimmung strahlen bundesweit

Wer noch Belege dafür benötigte, dass Personalräte tatsächlich häufig die Hausaufgaben der Arbeitgeber erledigen, hat diese von Preisträgern des vom Bund-Verlag vergebenen Deutschen Personalräte-Preises 2015 erhalten. So konnte der mit Gold ausgezeichnete Personalrat für das wissenschaftliche Personal an der Stiftung Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) mittels Dienstvereinbarung Mindeststandards für Qualifizierungsstellen festschreiben und verhilft damit akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu mehr Planbarkeit ihrer wissenschaftlichen Karrieren. Obwohl das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zum Beispiel bis zu sechs Jahre für eine Promotionsstelle vorsieht, gibt es an den Hochschulen einen regelrechten Befristungs- und Stellenaufteilungswildwuchs. Arbeitsverträge für ein oder zwei Jahre sind eher Regel als Ausnahme. An der Viadrina hingegen sind jetzt dank Dienstvereinbarung drei Jahre und eine halbe Stelle das Minimum. Ein Jahr kommt noch dazu, wenn die Promotion bis dahin noch nicht fertig gestellt werden konnte. Der mit Silber geehrte örtliche Personalrat der Polizeidirektion Neumünster hat Verbesserungen bei der Arbeitszeitgestaltung im Wach- und Wechselschichtdienst initiiert. Bronze gewann der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt für den Main-Kinzig-Kreis. Er konnte der durch elektronische Kommunikation vorangeschrittenen Entgrenzung von Arbeit Einhalt gebieten und damit die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte reduzieren.

Bitte vormerken:

## Schöneberger Forum 2016

Am 17. und 18. November 2016 findet das nächste Schöneberger Forum von DGB und Hans-Böckler-Stiftung statt. Unter dem Titel „Zukunft der Arbeit im öffentlichen Dienst“ greift es die Frage auf, wie wir die menschliche Dimension in unserer Dienstleistungsarbeit in Schulen, Polizeidienststellen und Verwaltungen in den Blickpunkt rücken können und auch wie Zusammenarbeit und Führung unter den sich wandelnden Bedingungen funktioniert. Natürlich mitbestimmt, so viel ist klar. Aber wie sehen konkrete Herausforderungen und Gestaltungsmodelle für Gute Arbeit im öffentlichen Dienst aus? Darüber wird auf der Fachtagung für den öffentlichen Sektor diskutiert.



## Wegweiser



[www.oeffentlicherdienst.de](http://www.oeffentlicherdienst.de)

ver.di hat ihr Online-Berufsportal [www.oeffentlicherdienst.de](http://www.oeffentlicherdienst.de) aktualisiert und erweitert. Damit stehen Interessierten viele zusätzliche Informationen zur Verfügung. Ratgeber für die Bewerbung, das Vorstellungsgespräch oder Online-Einstellungstests bereiten auf die ersten



Hürden beim Start ins Berufsleben vor und zeigen, wie diese leichter zu überwinden sind. Eine besondere Bedeutung kommt dem Portal durch seine Funktion als soziales Netzwerk zu: Weitergehende Fragen der NutzerInnen werden von erfahrenen ehrenamtlichen ver.di-KollegInnen persönlich beantwortet.

Weiterführende Informationen finden Sie unter [www.oeffentlicherdienst.de](http://www.oeffentlicherdienst.de)

## Zahlen, Daten, Fakten

### Tarifbindung sorgt für Bescherung

Nach Auskunft des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) erhält mit 54 Prozent gut die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland Weihnachtsgeld. Entscheidenden Einfluss auf die Verteilung hat dabei die Tarifbindung. Liegt eine solche vor, erhalten 72 Prozent der ArbeitnehmerInnen die Jahressonderzahlung. Ohne Tarifvertrag sind es dagegen nur 42 Prozent. Die Höhe des Weihnachtsgeldes wiederum variiert zwischen den Branchen aber auch branchenintern. So beträgt sie im öffentlichen Dienst (Gemeinden) in den neuen Bundesländern je nach Vergütungsgruppe zwischen 45 und 67,5 Prozent und in den alten Bundesländern zwischen 60 und 90 Prozent. Für die BeamtInnen ist die Sonderzahlung in den Besoldungsgesetzen geregelt und variiert ebenfalls. Einzig das Land Sachsen verwehrt seinen BeamtInnen die Bescherung.

### Als Weihnachtsgeld erhalten Beschäftigte ...

in der Energieversorgung (NRW, GWE-Bereich; Ost, AVEU)



des Öffentlichen Dienstes (Gemeinden, Jahressonderzahlung inklusive Urlaubsgeld)



in der Metallindustrie (Nordwürttemberg-Nordbaden; Sachsen)



im Einzelhandel (Gehälter NRW; Brandenburg)



in der Landwirtschaft (Bayern; Mecklenburg-Vorpommern)



**WEST**  
**OST**

Stand: 01.11.2015, mittlere Tarifgruppe; Quelle: WSI-Tarifarchiv 2015



# Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

**Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:**

- ✓ mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können
- ✓ wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben
- ✓ wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

**Mehr Informationen:**  
**FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de oder Telefon 0800 292 22 74.**

Ein Unternehmen der AXA Gruppe



## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil

### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBW recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

### Bestellung

per E-Mail: [info@d-b-w.de](mailto:info@d-b-w.de)  
per Telefon: 0211 7300335  
per Telefax: 0211 7300275  
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.d-b-w.de](http://www.d-b-w.de)

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift



## Private Krankenversicherung

### Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Beamte

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gerne:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Oder rufen Sie direkt an: Telefon 09561 96-98221**

DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS ■ 2016



Der Personalrat



HUK-COBURG



**HUK-COBURG**

Aus Tradition günstig